

ISRAEL

## Afrikaner unerwünscht

Mit drastischen Maßnahmen will die Regierung ein „nationales Problem“ bekämpfen: die zunehmende Zahl illegaler Einwanderer, die über die Grenze aus Ägypten gekommen sind. Rund 40 000 Afrikaner – 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung – leben derzeit in Israel, die meisten von ihnen stammen aus dem autoritär regierten Eritrea sowie aus Bürgerkriegsgebieten im Sudan und Südsudan. In westlichen Ländern werden 84 Prozent der Eritreer als politische Flüchtlinge anerkannt, in Israel bekam 2011 bislang nur ein einziger Afrikaner Asyl – ein Albino aus der Elfenbeinküste. Die Flüchtlinge erhalten in Israel keine staatliche Hilfe, die meisten sind illegal in Hotels und Restaurants beschäftigt, Tausende ar-



ARIEL SCHALIT / AP

### Flüchtlinge an der Grenze

beiten sogar für den Staat als Straßenkehrer. Mit dieser stillschweigenden Duldung soll es nun vorbei sein. Selbst Regierungsmitglieder hetzen gegen „illegale Eindringlinge“, die bekämpft werden müssten. Sie nähmen Israelis die Arbeit weg und brächten Gewalt und Krankheiten ins Land – eine populistische Behauptung, für die es keine Belege gibt. Die Regierung setzt nun auf Abschreckung. Wer Illegale beschäftigt, soll künftig hohe Geldstrafen bezahlen. Zudem ist der Bau eines gefängnisähnlichen Lagers für 11 000 Flüchtlinge geplant, in dem sie bis zu drei Jahren festgehalten werden können. Außerdem will Israel den Südsudan beim Bau einer neuen Stadt unterstützen, in die 10 000 Flüchtlinge abgeschoben werden können, berichtet eine israelische Zeitung, die Regierung Südsudans soll ein Kopfgeld für jeden Flüchtling erhalten.



HARSCHER / LAIF

### Kloster Vatopedi

GRIECHENLAND

## Vergoldete Luft

Der Korruptionsskandal um das Kloster Vatopedi in der Mönchsrepublik Athos wächst sich zu einem internationalen Politikum aus. Das russische Außenministerium äußerte „tiefe Beunruhigung“ über die Inhaftierung von Abt Efraim, 55, dem obersten Geistlichen des Klosters. Das Vorgehen der griechischen Behörden sei „nicht mit den Entscheidungen und Empfehlungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu vereinbaren“, heißt es in der offiziellen Stellungnahme Moskaus. Die griechische Regierung wies die Vorwürfe zurück. Der orthodoxe Abt, der als Beichtvater von Premier Wladimir Putin gilt und von ihm kürzlich in Russland empfangen worden war, sitzt seit vorigen Mittwoch in Untersuchungshaft. Hintergrund ist ein Deal des reichsten Klosters auf dem Berg Athos mit der konservativen Regierung von Kostas Karamanlis Anfang 2005. In einer „heiligen Transaktion“, so

die Beteiligten, hatte das Kloster damals einen See mit wertlosen sumpfigen Ufergrundstücken im Nordosten Griechenlands gegen attraktive staatliche Immobilien eingetauscht, darunter zwei Gebäude des ehemaligen olympischen Dorfes bei Athen. Mit Hilfe dubioser, fast 1000 Jahre alter Goldener Bullen, die den Besitz des Sees dokumentieren soll-

ten, habe Abt Efraim „Luft und Wasser in pures Gold“ verwandelt, schrieben später Zeitungen. Dem Gottesmann werden Betrug und Geldwäsche angelastet, er bestreite die Vorwürfe. Beim umgehenden Verkauf seiner neuen Immobilien erlöste das Kloster bis zu 100 Millionen Euro. Der Regierungssprecher von Karamanlis und ein Minister stürzten 2007 über den suspekten Handel. Drei Ex-Minister blieben 2011 durch Verjährung ungeschoren. In einem Nebenverfahren wurde Abt Efraim bereits zu zehn Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.



Abt Efraim